Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, regt an, die bereits vorhandenen Behinderten- und Familienparkplätze näher zum Eingang zu verlegen. Oberbürgermeister Albers sagt zu, dies als Anregung für das Baugenehmigungsverfahren zu Protokoll zu nehmen.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, kündigt an, der Vergrößerung des Marktes nicht zuzustimmen und regt an, den LIDL-Markt insgesamt näher in Richtung Innenstadt zu verlegen.

Stadtrat Josef Rimmele, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den geplanten Backshop aus, da es in der Innenstadt bereits genügend Bäcker gebe, die um ihre Existenz kämpfen müssten.

Stadträtin Erika Walde, FDP-Fraktion, meint, dass sie mit einem Backshop nur einverstanden wäre, wenn er von einem Waldshut-Tiengener Bäcker betrieben würde.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, spricht sich für die geplante Erweiterung einschließlich Backshop aus.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, spricht sich für einen Backshop aus; dieser müsse aber innerhalb des Ladengeschäftes liegen.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, spricht sich gegen Erweiterung und Backshop aus.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, fordert in diesem Zusammenhang, die dortige Ampelanlage an der B 34 auch dann zu optimieren, wenn der geplanten Erweiterung nicht zugestimmt werde.

Oberbürgermeister Albers stellt fest, dass die Mehrheit des Gemeinderates dafür sei, den Parkplatz mit Schatten spendenden Bäumen zu bepflanzen.

Der LIDL-Vertreter bittet darum, von dieser Forderung abzusehen und verweist darauf, dass beim Markt in Waldshut gepflanzte Bäume herausgerissen worden seien. Die Firma Lidl würde aber einer Bepflanzung am Rande des Parkplatzes zustimmen.

Bezüglich des angesprochenen Lärmschutzes im Bereich der Warenanlieferung meint der LIDL-Vertreter, dass ihm von dem geforderten Gummibelag nichts bekannt sei. Er kenne aber das Lärmproblem und meint, dass es hierfür keine Patent-Lösung gebe. Er könne sich aber vorstellen, die Lärmschutzwand durch Erhöhung oder in sonst geeigneter Weise zu optimieren. Ein Gummibelag sei aus Arbeitssicherheitsgründen nicht zulässig.

Auf die Frage von Stadträtin Döbele antwortet der Vertreter der Firma LIDL, dass der externe Backshop zusätzlich zur bereits vorhandenen Backvorbereitung geplant sei.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Backshop aus dem Gesuch zu entfernen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 3 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

2. Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss zur Änderung des einfachen Bebauungsplanes „Mittlere Breite – Spitzäcker“, Stadtteil Tiengen nach § 13 a BauGB. Der beigefügte Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Bei 14 Ja-Stimmen
und 9 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

76.

Haushaltsentwicklung: Ergebnis 2009 und Zuschuss Vorstauraum

Oberbürgermeister Albers verweist auf die beigefügte Sitzungsvorlage und informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle. Er stellt fest, dass es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Haushaltssituation Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt, den für den Vorstauraum erhaltenen Zuschuss in Höhe von 1,8 Mio. € der Stadtwerke GmbH zu überweisen. Die Mittel hierfür werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

77.

Parkgebühren: Beschluss

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle. Er berichtigt den in der Sitzungsvorlage mit 213.000 € angegebenen Betrag für Einnahmeausfälle in den Parkhäusern. Man sei beim Antrag der SPD-Fraktion davon ausgegangen, dass die ersten 30 Minuten generell gebührenfrei sein sollten. Richtig sei aber, dass bei längerer Parkdauer die ersten 30 Minuten (wieder) gebührenpflichtig werden sollten – danach würde der Einnahmeausfall lediglich 20.000 – 30.000 € betragen. Der Oberbürgermeister möchte aber trotzdem an der vorgeschlagenen Regelung für die „Brötchentaste“ festhalten.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, erklärt, dass die SPD-Fraktion am Antrag auf Gebührenfreiheit bei einer Parkdauer bis zu 30 Minuten in den Parkhäusern festhalte. Als Begründung führt sie an, dass es die gute Lage der Parkhäuser ermögliche, während dieser Zeit mehrere Besorgungen zu erledigen und ein Missbrauch nicht möglich sei. Außerdem würde eine solche Regelung die Akzeptanz der Parkhäuser erhöhen, der Kontrollaufwand sei geringer und es gäbe auch weniger Einnahmeausfälle als bei der „Brötchentaste“.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, beantragt, die Schlossgarage in Tiengen in die Regelung für die „Brötchentaste“ mit einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister rät hiervon ab und meint, dass das Bewusstsein für Kurzzeitparken in einem Parkhaus bei den Nutzern nicht so stark vorhanden sei und somit Ärger vorprogrammiert wäre. Er weist außerdem darauf hin, dass durch die Einführung der Brötchentaste die Frequenz der betreffenden Parkplätze erhöht würde.

Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, meint, dass 15 Minuten nicht ausreichen würden, weshalb er anrege, die für die Parkhäuser beantragte 30-Minuten-Regelung zusätzlich anzubieten.

Nach weiterer Erörterung schlägt der Oberbürgermeister vor, zunächst die „Brötchentaste“, wie vorgeschlagen einzuführen und in einem halben Jahr darüber zu beraten, ob man die 30-Minuten-Regelung für die Parkhäuser noch hinzu nehme.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt auf Empfehlung des Verwaltungs- und Sozialausschusses die am 28. Juni zur Beratung vorgelegte Gebührenordnung mit der Maßgabe, dass der Anwendungsbereich der Brötchentaste auf die in der beigefügten Vorlage genannten Straßen beschränkt wird und die gebührenfreie Zeit 15 Minuten beträgt. Der ebenfalls beigefügte Entwurf der Parkgebührenordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Bei 15 Ja-Stimmen
und 8 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

78.**Beschilderung Nebenstraßen in der Innenstadt von Waldshut**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtplanerin Margit Ulrich stellt das Beschilderungskonzept vor.

Nach kurzer Erörterung:

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der vorgesehenen Regelung der Beschilderung mit Hinweisen auf die Geschäfte in den Seitenstraßen zur Kaiserstraße zu. Zur Durchführung werden 10.000 € auf der Haushaltsstelle 02.6300.625.940000 bereitgestellt. Die Finanzierung erfolgt über Zuschüsse von privaten Unternehmen 02.6300.625.367000.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

79.**Beseitigung eines Wehres und eines Absturzes an der Steina im Stadtteil Detzeln:
Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln**

Uwe Kopf, Tiefbauamt, erläutert die Sitzungsvorlage.

Ortsvorsteher Norbert Thienger sieht aus Sicht der Ortschaft Detzeln keine Notwendigkeit für diese Maßnahme; er habe deshalb auch kein Verständnis dafür, dass die Stadt bei der momentanen Finanzlage die Mittel hierfür aufbringe.

Herr Kopf begründet die Notwendigkeit damit, dass vorgegeben sei, solche Gewässer bis zum Jahr 2015 für Fische durchgängig zu machen.

Beschluss:

Für die Beseitigung eines Wehres und eines Absturzes an der Steina im Stadtteil Detzeln beschließt der Gemeinderat die Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 58.000 € auf Haushaltsstelle 01.6900.512000.

Gleichzeitig wird die Zuwendung nach den „Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw)“ in Höhe von 40.600 € auf Haushaltsstelle 01.6900.171000 eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Bei 3 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

80.

Gemeinderat als Verwaltungsrat des Spitalfonds Waldshut: Zusammengehen der Krankenhäuser Bad Säckingen und Waldshut

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, beantragt, dass die noch zu beschließenden Gesellschaftsverträge dem Gemeinderat frühzeitig zugestellt werden.

Auf die Frage von Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, ob ein Aufsichtsrat benötigt würde, antwortet der Oberbürgermeister, dass er mit dem Landrat einig sei, dass es lediglich eine Gesellschafterversammlung und keinen Aufsichtsrat geben solle.

Beschluss:

Der Gemeinderat als Verwaltungsrat der Spitalstiftung stimmt auf Empfehlung des Stiftungsrates einer Zusammenführung der Krankenhäuser Bad Säckingen und Waldshut-Tiengen nach Maßgabe der in beigefügter Sitzungsvorlage aufgeführten Eckpunkte zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

81.

Parkplatz Sulzerring: Ausschreibung für die Ansiedlung eines Elektrofachmarktes

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Nach kurzer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Grundstücke des Parkplatzes Sulzerring wie in der Anlage dargestellt, zur Ansiedlung eines Elektrofachmarktes öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

82.

Erwerb des Bahnhofs Tiengen durch einen privaten Investor: Übernahme der Park & Ride-Anlage durch die Stadt

Oberbürgermeister Albers informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, regt an, auch das Gelände zwischen den P&R-Plätzen und dem „Mutter“-Areal zu erwerben.

Der Oberbürgermeister antwortet hierauf, dass die Stadt ohnehin vor hätte, dieses Gelände zu erwerben oder hierfür einen Investor zu suchen und empfiehlt, bis dahin abzuwarten.

Stadtrat Erwin Schlegel, CDU-Fraktion, erkundigt sich, ob für die wegfallende Zweiradunterstellmöglichkeit ein Ersatz vorgesehen sei.

Bürgermeister Beck erläutert hierzu, dass die vorhandene Unterstellmöglichkeit bestehen bleiben soll und dies mit dem Erwerber vertraglich geregelt werde.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, erkundigt sich, ob der Bestand der Taxiplätze und die Anfahrmöglichkeit für Busse gewährleistet sei.

Bürgermeister Beck antwortet hierauf, dass es über diese Details noch Gespräche mit dem Erwerber geben werde.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom beabsichtigten Verkauf des Bahnhofs Tiengen an einen privaten Investor.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, Grunderwerbsverhandlungen mit der DB Services Immobilien GmbH bezüglich einer Teilfläche des Bahnhofgrundstücks von ca. 800 qm – früher als Park & Ride-Anlage bezeichnet – aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Ein Lageplan ist dem Protokoll beigelegt.

83.

Spenden

Oberbürgermeister Albers verliest Spenden gemäß beigelegter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Entgegennahme und Weiterleitung der in beigelegter Zusammenstellung aufgeführten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

84.

Bekanntgaben

Eilentscheidung:

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass er im Wege der Eilentscheidung einer 3-jährigen Festschreibung des Gasbezugsvertrages mit Badenova zugestimmt habe.

Aufhebung Haushalts-Sperrvermerk Hans-Thoma-Schule

Oberbürgermeister Albers verweist auf den im Haushalt 2010 enthaltenen Sperrvermerk für eine Baumaßnahme an der Hans-Thoma-Schule, wonach eine Mittelfreigabe erst bei Zuschussgewährung erfolge. Er teilt mit, dass der Zuschussbescheid inzwischen eingegangen sei und die Maßnahme somit durchgeführt werden könne.

Jagdbogen Tiengen

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass auf Wunsch des Jagdpächters des Jagdbogens Tiengen dessen Sohn anstelle eines Mitpächters bis zum Ende des Pachtvertrages im nächsten Jahr in den Vertrag aufgenommen worden sei. Einwendungen werden nicht erhoben.

Antennengemeinschaft Detzeln

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass die GEMA von der Antennengemeinschaft Detzeln 6.000 € jährlich für 3 Jahre nacherhoben habe. Der Oberbürgermeister möchte als Rechtsbeistand für die Antennengemeinschaft einen Rechtsanwalt einschalten und stellt hierfür Zustimmung fest.

Kolpingstraße

Bürgermeister Beck gibt bekannt, dass der zweite Teil der Kolpingstraße durch Aufbringung des Feinbelags mit Kosten von 15.000 – 16.000 € endgültig hergestellt und damit beitragspflichtig werde. Zum beitragsfähigen Aufwand komme noch der Herstellungsaufwand aus dem Jahr 1967 hinzu. Am 27. Juli werde man diesbezüglich ein Gespräch mit den betroffenen Anliegern führen. Der erste Teil der Kolpingstraße sei dagegen bereits im Jahr 1957 fertig gestellt und im Jahr 1960 hierfür Beiträge erhoben und damit abgerechnet worden.

Spitalweg

Bürgermeister Beck gibt bekannt, dass beim Spitalweg ein Teil des Weges entlang des Hanges abgerutscht sei und aufgrund eines Hinweises, dass dort auch LKWs entlang fahren würden, der Weg künftig mittels eines Pfostens abgesperrt werde und Berechtigte einen Schlüssel erhalten sollen.

85.

Verschiedenes

3. Spur B 34 – Petitionsausschuss

Oberbürgermeister Albers informiert den Gemeinderat darüber, dass aufgrund einer Petition eines Anliegers eine Anhörung des Petitionsausschusses im Katholischen Gemeindehaus Waldshut und vor Ort stattgefunden habe. Bei diesem Termin habe er den Vorsitzenden des Petitionsausschusses darauf gedrängt, so schnell wie möglich über diese Petition zu entscheiden, zumal sich das Planfeststellungsverfahren wegen Erkrankung der Verfahrensleiterin beim Regierungspräsidium ohnehin schon verzögert habe.

Finanzierung Autobahn A 98

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass es für den Abschnitt Murg – Laufenburg der Autobahn A 98 seitens des Landes, trotz fehlender Mittelzuweisungen durch den Bund, keine Mittelkürzungen geben werde.

Nichtraucherschutz

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass sich der Südwestrundfunk zu einem Interview zum Thema „Wie geht die Stadt mit dem Nichtraucherschutz um“ bei ihm angekündigt habe.

Stellenausschreibung „Waffenkontrolleur/in“

Auf die Frage, ob für die ausgeschriebene Stelle eines Waffenkontrolleurs nicht auch der entsprechende Mitarbeiter des Landratsamtes eingesetzt werden könne, antwortet Hauptamtsleiterin Ingrid Eble, dass diese Stelle, wie auch beim Landratsamt, als „Mini-Job“ vorgesehen sei und es deshalb genau so viel kosten würde, wenn man mit dem Landratsamt abrechnen würde.

86.

Fragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.